

II.3 Politischer Mentalitätswandel: Empirische Studien über Einstellungsmuster und Praxispotenziale von Studierenden in der Bundesrepublik

Zeit, den Schwenk von den irregulären Bewegungsphasen zum allgemeinen politischen Klima an den Hochschulen seit 1949 zu vollziehen: Wie haben sich die politischen Einstellungsmuster der Studierenden entwickelt? Welchen Effekt hatten politische Mobilisierungsphasen tatsächlich auf ihr Mobilisierungs- und Aktionspotenzial? Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurden, entsprechend der breiten Etablierung moderner Instrumentarien der empirischen Sozialforschung zur Erforschung der Bevölkerung im Allgemeinen,¹³⁴² nicht nur die soziale Lage, sondern auch die politischen Orientierungen und Einstellungsmuster der Studierenden der Bundesrepublik engmaschig erforscht. Der Blick auf das studentische politische Bewusstsein ist dabei von vergleichbaren Erkenntniskonjunkturen durchwirkt wie das wissenschaftliche Interesse an der Jugend allgemein.¹³⁴³ Der Deutungshorizont der sozial- und politikwissenschaftlichen Erforschung der Studierenden klebt nämlich, trotz mancher skeptischer Distanzierung, in ähnlicher Weise an Generationen-Chronologien: Ähnlich wie dort erhoffen sich viele Autoren Rückschlüsse auf den Zustand der sozialen Integrität der Gesellschaft anhand der Studierendenschaft als exponierter Subgruppe der deutschen Jugend und deren vermeintlichen tatkräftig-freiheitlichen¹³⁴⁴ bzw. egoistisch-apathischen, orientie-

1342 Freilich gestaltete sich dieser Durchsetzungsprozess auch konfliktreich und begleitet durch einen Empirismusstreit an den deutschen Universitäten. Dass aber im Zuge des wachsenden allgemeinen – auch politischen – Interesses an soziologischen Fragestellungen schlicht eine neue Nachfragesituation gegeben war, die die Installation und Professionalisierung empirischer Sozialforschung in Deutschland antrieb, ist anschaulich dargelegt in Kern, Horst: Empirische Sozialforschung: Ursprünge, Ansätze, Entwicklungslinien, München 1982, S. 217–229 und S. 246–252. Erfrischender Weise liefert Kern dabei keine seichte Erfolgsgeschichte, sondern weist auch, darin ganz Didaktiker, auf die Schwierigkeiten einer langfristigen Evolution des früheren Begriffs einer fragenden, ihrer Grenzen bewussten und potenziell scheiternden Forschung zu „methodenperfekter“ Hilfswissenschaft von öffentlicher Planung und Verwaltung hin. Unweigerlich werde in einer sich derart präsentierenden Wissenschaftlichkeit die entscheidende Aufgabe, nämlich die Erschließung tatsächlich neuer Sachverhalte, verfehlt; die jeder Studie eigenen „Ecken und Kanten“ würden *ex post* stets abgerieben: „Statt sich mutig und mit einer gewissen Großzügigkeit den in unserem Fach immer noch beträchtlichen weißen Felder zuzuwenden, wird Erkenntniszugewinn vielfach in der genaueren Erforschung von im Grundsatz bereits bekannten Sachverhalten gesucht. Man schlägt weniger Schneisen als früher und bewegt sich lieber auf schon gebahnten Strecken. Das Bedürfnis, weder in inhaltlicher noch in formaler Hinsicht anzuecken, dominiert viele Studien.“ Ibid., S. 247, ferner S. 274.

1343 Vgl. Schenke et al.: PEGIDA-Effekte?, S. 15–28.

1344 „Wenn die Führung im Geistigen und Politischen unsicher wird, richtet sich die Erwartung auf die Jugend. Aus ihren Verhaltensweisen möchte man ablesen, wie die nächste Generation fühlt und denkt und welche Haltungen und Entscheidungen von ihr zu erwarten sind. [...] DIE STUDENTEN übernehmen dabei naturgemäß eine besonders geartete Rolle. Ihre Beteiligung an geschichtlichen Vorgängen (1813, Hambacher Fest 1848) gibt der Studierendenschaft von vornherein ein gewisses Prestige. Sie stellte die Vorhut in manchem Umbruch; sie gilt als wetterföhlig und sensibel für kommende Ereignisse.“ Stifterverband für die deutsche Wissenschaft: Das geistige Bild der Studenten, S. 5. Vgl. ferner Klose: Freiheit schreibt auf eure Fahnen.

rungslosen und positionierungsmüden¹³⁴⁵ Mentalitäten. Insbesondere das prospektive politische bzw. demokratische Potenzial der Studierenden (bzw. dessen Absenz) wird hier als prognostischer Gradmesser gesellschaftlicher Gesamtentwicklungen gewertet und verheißt Hoffnungen auf ersehnte Fortschritts- und Reformimpulse.¹³⁴⁶ Und ähnlich wie dort ist der größte Teil des Forschungskorpus politisch bedarfsorientiert: Den vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) finanzierten repräsentativen *Studierendensurvey* interessieren – nebst der historisch bedingten Erforschung politischen Konfliktpotenzials und drohender Radikalität unter Studierenden in den frühen 1980er Jahren – vornehmlich Wahrnehmung und Beurteilung der Studiensituation und die daraus abzuleitenden Erfordernisse für Readjustierungen der Hochschulverwaltungen bzw. der Hochschul- und Bildungspolitik.¹³⁴⁷ Ein starker Akzent liegt im Falle der Studierendenschaft allerdings – im Unterschied zu den breiteren Jugendstudien – auf der gewichtigen Bedeutung von politischen Mentalitätstrends in den Reihen einer Gruppe, die in späteren Karrieren, etwa als künftige Führungseliten in Verwaltung, Wirtschaft und Politik besonders starken Einfluss ausüben mag,¹³⁴⁸ die größtenteils eben jene „Schlüsselinstitutionen der modernen Gesellschaft“, die Universitäten, durchläuft.¹³⁴⁹

Im Folgenden sollen repräsentative Daten und wesentliche Resultate empirischer Studien zusammengetragen werden, um die entscheidenden Veränderungen der politischen Einstellungsmuster von Studierenden gegenüber Politik, Gesellschaft und Demokratie seit den 1950er Jahren zu identifizieren und die Entwicklung des gemessenen politischen Potenzials nachzuzeichnen. Dabei werden wesentliche Hauptentwicklungen für die hier interessierenden Zusammenhänge freigelegt. Den Anspruch einer umfassenden Wesensschau der jeweiligen Zeiträume und Dekaden kann die Darstellung nicht erheben, denn „den *einen* Geist, die *eine* Entwicklung, das *eine* und verbindliche Signum weisen Jahrzehnte in modernen Gesellschaften nicht aus.“¹³⁵⁰ Das Kapitel erfüllt zwei Funktionen: *Erstens* dient es der späteren methodischen Kontrolle bei der Interpretation des Fokusgruppenmaterials: Die zusammengetragenen Ergebnisse der quantitativen Studien zeichnen ein Panorama studentischer Einstellungsmuster, mit dem eigene Arbeitshypothesen verglichen werden können; die fehlenden Diskussionen mit einem Forscherteam im Auswertungsprozess können so weitgehend kompensiert werden. *Zweitens* rechtfertigt die umfängliche Aufarbeitung der empirischen Studien

1345 Vgl. Bargel, Tino: Student und Politik: die ratlose Generation, in: News 30.3, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz 2009, S. 1.

1346 Vgl. Bargel: Wandel politischer Orientierungen, S. 3.

1347 Frank Multrus bezeichnet den Studierendensurvey als „Instrument der wissenschaftlichen Politikberatung“, Multrus, Frank: Der Studierendensurvey. Konzept, Aufbau und theoretische Grundlagen. Hefte zur Bildungs- und Hochschulforschung, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz, H. 87/2016, S. 50. Vgl. ferner den initialen 1. Studierendensurvey 1982/83, S. III; vor dem Hintergrund der Hereinnahme ostdeutscher Studierender den zusammenfassenden Band Studierendensurvey 1990er, Vorwort; 8. Studierendensurvey 2000/01, S. 3f.; vgl. auch 13. Studierendensurvey 2015/16, S. 5.

1348 Vgl. Habermas et al.: Student und Politik, S. 52-55 sowie Glotz/Malanowski: Student heute, S. 9 und S. 49-63.

1349 Glotz/Malanowski: Student heute, S. 62.

1350 Walter: Rebellen, Propheten, Tabubrecher, S. 331 (Herv. i. O.)

das hier verfolgte Studiendesign, indem es den Nachweis erbringt, dass die in diesem Feld hegemoniale Einstellungsforschung zwar eindrücklich die Entwicklung von Einstellungswerten zu politischen und demokratischen Themen dokumentiert, aber aus konzeptuellen Gründen – insbesondere durch den methodisch bedingten Verzicht auf die Rekonstruktion politisch-sozialer Deutungsmuster, verstanden als ideologische Strukturen bzw. private Gesellschaftstheorien – insgesamt nicht in der Lage ist, tiefenstrukturelle Mentalitätsverschiebungen von Studierenden zu erfassen, und daher auch das tatsächliche politische Handlungspotenzial von Studierenden kaum beurteilen kann.

II.3.1 Von der Skepsis zur Polarisierung: Die Studierenden der Kriegs- und Nachkriegsgeneration 1957-1980

In den früheren sozialwissenschaftlichen Studien der Bundesrepublik werden Studierende oftmals als – gesellschaftlich besonders maßgebliche – Teilgruppe der Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen insgesamt behandelt. So ging auch der Soziologe Helmut Schelsky in seinem für die Jugendforschung klassischen Band *Die skeptische Generation* von 1957 vor. Er sezierte die Werthaltungen und politischen Orientierungen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in einer Zeit der generellen Abwendung von Parteien und politischen Institutionen.¹³⁵¹ Dabei sah Schelsky sämtliche Aspekte, die ihm zufolge das von Erwachsenen gepflegte Bild des spezifisch „Jugendgemäßen“ ausmachten – eine eigenständige „soziale Eigenwelt“ und eine besondere Gesellungsform als jugendliche Gemeinschaft¹³⁵² – als weitgehend erodiert an. Vielmehr glichen sich die jugendlichen Lebensweisen jenen der Gesamtgesellschaft an: Schelsky zeichnete das Bild einer „privatistischen“ (auf das private Umfeld als „Lebenshalt“ fixierten)¹³⁵³, „entpolitisierten“ und „entideologisierten“¹³⁵⁴ Jugend mit starkem alltagsweltlichem Konkretismus (im Sinne eines „geschärften Wirklichkeitssinn[s]“ und eines „unerbittliche[n] Realitätsverlangen[s]“¹³⁵⁵) und einer leidenschaftlichen Abneigung gegenüber abstrakten Prinzipien und romantischen Idealen.¹³⁵⁶ Zwar lege die Jugend in ihrem „Streben nach Verhaltenssicherheit“¹³⁵⁷ auch eine ausgeprägte Leistungsbereitschaft, Anpassungsfähigkeit und Selbstständigkeit an den Tag,¹³⁵⁸ zugleich fiel Schelsky aber auf, dass derartige Orientierungen, Verhaltensmuster und Handlungsmaximen wie äußerliche Koketterien wirkten, die latente Insekuritäten und Orientierungsmängel camouflieren sollten.¹³⁵⁹ In dieser „Pseudo-Erwachsenheit“ der Jugend sah er wiederum die deutlichsten Gefahren.¹³⁶⁰ Speziell zur akademischen Jugend notierte er überdies eine

1351 Schelsky: *Die skeptische Generation*. Vgl. zum politischen Klima der Nachkriegszeit Kapitel II.2.2 dieser Studie.

1352 *Ibid.*, S. 84, 85, 93f.

1353 *Ibid.*, S. 80.

1354 *Ibid.*, S. 74.

1355 *Ibid.*, S. 77f.

1356 *Ibid.*

1357 *Ibid.*, S. 75.

1358 Vgl. *ibid.*, S. 77.

1359 Vgl. *ibid.*, S. 81.

1360 *Ibid.*

Auflösung der früheren klassen- bzw. schichtspezifischen „sozialen Einheit“ der Studierendenschaft im Zuge der fortschreitenden Akademisierung der Erwerbswelt sowie die breite Ablehnung des klassischen studentischen Gemeinschaftslebens inklusive des früheren Standesbewusstseins unter den Studierenden.¹³⁶¹ Die scheinbar gegenläufige Tendenz einer Regeneration des Korporationslebens konterte er dabei mit dem Verweis auf den politischen und sozialmoralischen Partikularismus dieser von der Mehrheit der Kommilitoninnen und Kommilitonen und auch von den Hochschulleitungen nunmehr eher abgelehnten Organisationsform.¹³⁶²

Schelsky platzierte mit seiner Studie, hernach hegemoniale Interpretations- wie Kontrastfolie der darauffolgenden Jugendstudien, publikumswirksame Schlagworte.¹³⁶³ „Ihm war es gelungen, die schlüssigen Formeln für die sekundäre Literatur zu prägen.“¹³⁶⁴ Tatsächlich inspirierte Schelsky eine ganze Reihe von jugendsoziologischen Monographien, die sich kritisch an ihm und damit an der Jugend der 1950er Jahre arbeiteten. Dazu gehört die vom Deutschen Jugendinstitut (DJI) beauftragte Studie *Eine neue Generation?* aus der Feder des Psychologen Walter Jaide (1961), die Einzelfallinterviews auswertete,¹³⁶⁵ aber auch die sekundär auswertende Studie *Die Generation der Unbefangenen* von Viggo Graf Blücher (1965), die erklärtermaßen zu einer „Apologie“ der von ihm so benannten „Generation der Unbefangenen“ anhebt. Unter ironischem Rekurs auf die überlieferten Sokratischen (und die damals recht aktuellen, vom Psychoanalytiker Erich Fromm formulierten) Klagen über das Fehlverhalten und den sozialmoralischen Verfall der Jugend verteidigt dieser die vermeintlich skeptische Generation gegen den Skeptizismus der Jugendforscher: Die fehlende Bindung an ideologische Lager und politisches Engagement wertet er – nebenbei bemerkt: in einem irritierend gönnerhaften Ton – als Haltung einer zeitgemäßen, individualisierten und zugleich konformistisch-flexiblen Mäßigung in einer sich rasch modernisierenden Welt.¹³⁶⁶ Es passt zu dem hier gezeichneten deutlich komplexeren Bild der Nachkriegsjugend der 1950er Jahre, dass

1361 Ibid., S. 316-326 und 330f., siehe insbesondere das schroffe Urteil auf S. 330: „Auch für die studentische Jugend gilt wie für alle anderen Schichten der jungen Generation, daß sie weder eine sozial autonome Gruppe noch gar eine soziale Elite darstellt; ihr geben weder ihre soziale Lage und ihre sozialen Ziele eine irgendwie bemerkenswerte Eigenständigkeit gegenüber den anderen gleichaltrigen Jugendlichen, noch lassen ihre sozialen Verhaltensformen darauf schließen, daß sie insgesamt als eine Art Verhaltenselite zu betrachten wäre. [...] Das ‚Akademische‘ hat in dieser Studentengeneration genauso seinen traditionellen Wirklichkeitsgehalt eingebüßt wie das ‚Jugendgemäße‘ für die ganze Jugend.“ Vgl. dazu auch ausführlich Kapitel II.1 dieser Studie.

1362 Vgl. ibid., S. 326f.

1363 Kersting, Franz-Werner: Helmut Schelskys „Skeptische Generation“ von 1957. Zur Publikations- und Wirkungsgeschichte eines Standardwerkes, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 50. Jg., H. 3/2002, S. 465-495.

1364 Stifterverband für die deutsche Wissenschaft: Das geistige Bild der Studenten, S. 7.

1365 Vgl. Jaide, Walter: *Eine neue Generation? Eine Untersuchung über Werthaltungen und Leitbilder der Jugendlichen*, hg. vom Deutschen Jugendinstitut, München 1961, insbesondere S. 127-133.

1366 Blücher, Viggo Graf: *Die Generation der Unbefangenen. Zur Soziologie der jungen Menschen heute*, Düsseldorf/Köln 1966, S. 391-403. „Man ist bemüht, sich dieser Gesellschaft möglichst früh zu integrieren, um an ihren Möglichkeiten voll teilhaben zu können. Anpassung ist das dominante Verhaltensmuster. [...] Das System zeigt noch überall die Symptome der Ausfaltung. Es wird erst von den Nachfolgenden im vollen Sinne entwickelt und vervollkommen werden können. Die Weltoffenheit, Aufgeschlossenheit, Vielseitigkeit, Wachheit, Interessenverzweigung, Funktions-

Schelsky infolge einer Auseinandersetzung mit Leopold Rosenmayr, welcher ihm vorwarf, in der Auseinandersetzung mit der Jugend hauptsächlich das Identitätsbedürfnis seiner eigenen, der „45er-Generation“, gestillt zu haben, die Kerncharakteristika seiner „skeptischen“ Jugend später partiell revidiert hat.¹³⁶⁷ Das Lob der ihm nachfolgenden Forscher war trotzdem gesichert, hatte er doch „mehr bleibendes als zeitgeschichtlich begrenztes Material“ zusammengetragen, das der weiteren jugendsoziologischen Forschung „unentbehrlich“ geblieben sei.¹³⁶⁸ Wie auch immer: Spezifischen Aufschluss über die Befindlichkeiten der Studierenden bieten in allen Studien nur kleinere Einzelabschnitte; sämtliche der in diesen materialreichen und erstaunlich lesenswerten Studien herausgearbeiteten Generations-Charakteristika wurden auch für sie als gültig erachtet.

Bald jedoch schenkte man den Studierenden als Sozialgruppe *sui generis* stärkere wissenschaftliche Aufmerksamkeit. Im Sommersemester 1960 führte das Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) im Auftrag des Stifterverbands der deutschen Wissenschaft eine repräsentative Umfrage unter westdeutschen Studierenden durch, der Bericht erschien 1961. In deutlicher Abgrenzung zur Schelsky'schen Skizzierung der Nachkriegsjugend wird hier insistiert: „Der demokratische Staat wird allmählich zu einem positiven Erlebnis. Sein Kern, Wahrung der Freiheit, wird mehr und mehr bejaht und die persönliche Existenz auf die politische bezogen.“¹³⁶⁹ Noch einmal rief daher Berthold Martin die vormärzlich-bildungsbürgerliche Rolle der Akademiker als tugendhafter Elite an, die über ihre Suche nach der Wahrheit die freiheitliche nationale Gesellschaft mitgestalte.¹³⁷⁰ Tatsächlich sah er keinesfalls mehr eine „skeptische“ akademische Jugend vor sich, sondern eine entschlossene und gesellschaftspolitisch interessierte Studierendenschaft: 69 Prozent der befragten Studierenden lasen demnach regelmäßig Tageszeitungen, ca. 20 Prozent sogar zwei und mehr Zeitungen. 40 Prozent von ihnen studierten überdies regelmäßig den damals als „Publikumszeitschrift“ rubrizierten SPIEGEL.¹³⁷¹ 50 Prozent von ihnen unterhielten sich nach eigenen Angaben häufig über Politik, 41 Prozent gelegentlich.¹³⁷² Zwar wollten immerhin noch 60 Prozent „von Weltanschauungen nichts mehr wissen“ und Politik stärker auf das Wohlbefinden der Menschen ausgerichtet sehen,¹³⁷³ allerdings gaben 78 Prozent an, Ideen

fähigkeit und Handlungsbereitschaft der Generation der Unbefangenen lassen hoffen, daß sie dieser Aufgabe gerecht werden können.“ Ibid., S. 403.

1367 Vgl. Rosenmayr, Leopold: „Skeptische Generation“ – oder Skepsis der älteren Generation, in: Wort und Wahrheit. Monatsschrift für Religion und Kultur, H. 14/1959, S. 388-390 sowie Schelsky, Helmut: Zur Diskussion der Jugendsoziologie. Stellungnahme zu einem Buch und einer Rezension, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, H. 17/1965, S. 400-406; beide zit. nach Kersting: Helmut Schelskys „Skeptische Generation“, hier S. 487, Fn. 123.

1368 Blücher: Die Generation der Unbefangenen, S. 17.

1369 Stifterverband für die deutsche Wissenschaft: Das geistige Bild der Studenten, S. 8.

1370 „Bekenntnis und aktive Teilnahme an der Konsolidierung Deutschlands sind wesentliche Folge der ethischen Bindung des Akademikers an die Wahrheit, die immer auf Freiheit aus ist: in ihr sind Führung des persönlichen Lebens und Gestaltung der allgemeinen Ordnung untrennbar verbunden.“ Ibid.

1371 Ibid., S. 9.

1372 Vgl. ibid., S. 25.

1373 Ibid.

zu folgen, für die das Leben einzusetzen sich lohne – wenngleich nur 6 Prozent damit die existierende bundesrepublikanische Demokratie meinten, während 35 Prozent sich auf „Freiheit, Humanität, Menschenwürde“, 22 Prozent sich auf „Christliche Religion, religiöse Ideale“ bezogen.¹³⁷⁴ Spezifische Fragen zu demokratischen Einstellungen und demokratischem Aktionspotenzial wurden hier noch nicht gestellt.

Ein Jahr später erschien die bis heute berühmteste Studie zum Thema, *Student und Politik* von Habermas et al. Kaum eine der später folgenden Monographien verzichtete darauf, diesem Band ihre Reverenz zu erweisen: Als „Klassiker“ und „Standardwerk“¹³⁷⁵ wurde sie gelobt, als ebene, „berühmt gewordene“ und „bahnbrechende Arbeit“¹³⁷⁶, oder auch einfach – weniger glorifizierend, aber doch exponiert im erste Satz eines Vorworts – als inspirierendes, aber aktualisierungsbedürftiges „altes Buch“¹³⁷⁷. Ähnlich wie Schelskys *Skeptische Generation* war diese 1957 durchgeführte ausführliche Befragung von 171 Frankfurter Studierenden¹³⁷⁸ getragen von der grundlegenden Frage nach den Aussichten einer noch jungen bundesrepublikanischen Demokratie. Im einleitenden Aufsatz der Studie distanzierte man sich allerdings von Fetischisierungen der politischen Beteiligung als „Wert an sich“.¹³⁷⁹ Stattdessen fragte man nach einem spezifisch studentischen politischen Potenzial, das als emanzipativer Fortschrittsmotor fungieren könnte, d. h. die in der Idee der Demokratie angelegte Tendenz zu einer auch materiell und herrschaftlich „freien Gesellschaft“ zu realisieren vermöge.¹³⁸⁰ Der nachwachsenden akademischen Elite kommt in diesen an eine Kampfschrift erinnernden Passagen die Rolle eines Schrittmachers historischer Gesellschaftsevolution zu, die die Entscheidung zwischen (drohender) „autoritärer Demokratie“ und (möglicher) „sozialer Demokratie“ im Sinne der gemeinschaftlich fundierten „rationalen Autorität“ der allseitigen Bedürfnisbefriedigung herbeiführen könnte.¹³⁸¹ Die tatsächliche Reife des politischen Bewusstseins sei an dieser realen Potenzialität des „entwicklungsgeschichtlichen Zusammenhangs“ zu prüfen.¹³⁸²

Daher gab man sich nicht zufrieden mit bloßen Zustimmungswerten zu demokratischen Prinzipien; vielmehr arbeitete das Autorenteam mithilfe der Interviews verschiedene Typen des „politischen Habitus“, der „politischen Tendenz“ und der Neigung zu orientierungsleitenden Gesellschaftsbildern heraus, um das politische Potenzial der Studierenden zu messen und prognostische Antworten auf die Frage zu gewinnen, „in

1374 Ibid., S. 29.

1375 Kiel, Sabine: Studierende und Politik. Eine kritische Analyse zur politischen Sozialisation. Forum Wissenschaft Studien, Bd. 32, Marburg 1996, S. 53.

1376 Krause, Christian/Lehnert, Detlef/Scherer, Klaus-Jürgen: Zwischen Revolution und Resignation. Alternativkultur, politische Grundströmungen und Hochschulaktivitäten in der Studentenschaft. Eine empirische Untersuchung über die politischen Einstellungen von Studenten. Bonn 1980, Buchrücken und S. 1.

1377 Glotz/Malanowski: Student heute, S. 7.

1378 Vgl. Habermas et al.: Student und Politik, S. 9 und 279–313. Die Stichprobe wurde durch 1959 erhobene Vergleichsdaten von weiteren 550 Studierenden ergänzt, vgl. ibid., S. 314–315.

1379 Ibid., S. 13–17.

1380 Ibid., S. 16f. und 53–55.

1381 Ibid., S. 34–49, insbesondere S. 35, ferner S. 55.

1382 Ibid., S. 55.

welchem Maß die Demokratie auch und gerade unter veränderten objektiven Verhältnissen, in Krisensituationen, auf die Unterstützung der Studenten rechnen kann“.¹³⁸³ Denn auf der Grundlage der Einteilung des Interviewmaterials in Syndrome politischer Orientierungen (die „politische Tendenz“ zerfällt hier in ein „genuin-demokratisches“, ein „formal-demokratisches“, ein „autoritäres“ und ein „indifferentes“ Syndrom¹³⁸⁴) und in Typen des politischen Verhaltens („unpolitisch“, affektiv bzw. „irrational distanziert“, „rational distanziert“, „naiv und reflektiert“ sowie „politisch engagiert“¹³⁸⁵) war zwar das Ergebnis zu gewinnen, dass „die demokratische Ordnung unter den bestehenden Verhältnissen in der Öffentlichkeit auf Unterstützung der Mehrzahl der Befragten rechnen kann“.¹³⁸⁶ Unklar jedoch blieb, wie robust die gemessenen Überzeugungen im Falle einer Gefährdung der demokratischen Ordnung zu mobilisieren sein würden, insbesondere da nur eine Minderheit der Befragten als potenziell tatkräftige Demokratie-Verteidiger eingeschätzt wurden und eine sehr große Zahl Züge des Mitläufertums (eine labile Sammelgruppe aus „naiven Staatsbürgern“ und „rational Distanzierten“) trug.¹³⁸⁷ Gewiss ist eine solche Unklarheit, wie auch von den Autoren angemerkt¹³⁸⁸, kaum auszuräumen, da die in einer empirischen Studie vorgebrachte Frage nach dem politischen Potenzial von Studierenden notgedrungen von jener objektiven politischen Situation, d. h. von Kontextfaktoren, Kräftekonstellation und Gelegenheitsfenstern absehen muss, die für die politische Praxis bisweilen entscheidend ist. Der Versuch jedoch, über das zu erwartende subjektseitige Potenzial im Falle von Krisenzeiten und Umsturzgefahren – ob sich allgemeine demokratische Zustimmung und informiert-engagiertes politisches Verhalten im Ernstfall mit tatsächlichem prodemokratischem Verhalten verbinden würden¹³⁸⁹ – trotzdem annäherungsweise Vermutungen anzustellen, führte die Autoren zu dem instruktiven Gedanken, nach übergreifenden „Gesellschaftsbildern“ zu suchen, d. h. nach orientierungsstiftenden ideologischen Leitlinien und „Interpretationsschlüsseln“, in die die politischen Tendenz- und Habitustypen eingebettet seien.¹³⁹⁰ Sie kartografierten fünf verschiedene Gesellschaftsbilder, die sich untereinander hinsichtlich ihrer Geschlossenheit, ihrer Verteilung über die Studienfächer und ihres Geltungsanspruchs voneinander unterschieden: Das Gesellschaftsbild „vom absteigenden akademischen Mittelstand“ (ein atavistisch auftretender Bildungshumanismus, der protes-

1383 Ibid., S. 235.

1384 Ibid., S. 131-144.

1385 Ibid., S. 75-123.

1386 Ibid., S. 149.

1387 Vgl. *ibid.*, S. 148f.

1388 Vgl. *ibid.*, S. 148.

1389 „Wenn eine Reihe von Gesellschaftsbildern in ihrer Funktion als politische Ideologien nachgewiesen werden könnte, nämlich darin, daß sie das politische Verhalten und Bewußtsein ihrer Träger steuern und stabilisieren, dann, so meinen wir, wären wir berechtigt, den bisherigen Befund über das demokratische Potential der Studenten auf die Zukunft derart zu verlängern, daß er auch für Situationen der Krise Geltung beanspruchen dürfte.“ Ibid., S. 151. An derselben Stelle wird aber auch hinzugefügt, dass von bündigen und umfassenden politischen Ideologien im Stile des 19. Jahrhunderts nicht mehr ausgegangen werden könne – vielmehr sei gerade die Frage zu stellen, inwieweit „der längst diagnostizierte Zerfall der politischen Ideologien“ unter der studierenden Jugend vorangeschritten ist.

1390 Ibid.

tantische Innerlichkeit mit Bildungsuniversalität verknüpft und dabei den alten Reflex gegen schnöde Materialität, „Geldadel“ und „Neureiche“ pflegt, vertreten mit 5 Prozent der Befragten), dasjenige „der inneren Werte“ (Gesellschaft als „Sphäre der Entfremdung“, 10 Prozent), „der geistigen Elite“ (Akademiker als führungsbefähigte Leistungselite, 23 Prozent), „der sozialen Gleichheit“ (Gesellschaftliche Herstellung der Gleichheit aller im Sinne „des Menschen“, 15 Prozent), und „des nivellierten Mittelstandes“ (Meritokratischer Leistungsindividualismus, 20 Prozent).¹³⁹¹ Ferner verfügte ein knappes Viertel (23 Prozent) der befragten Studierenden demnach über kein identifizierbares bzw. über ein „individuelles Gesellschaftsbild“. ¹³⁹² Interessanterweise erlaubte die Typologisierung der Gesellschaftsbilder auch, historische Dynamiken zu erfassen: So wird beispielsweise ausgeführt, inwiefern das älteste Gesellschaftsbild, das des absteigenden akademischen Mittelstandes, qua inhärenter Tendenzen sowohl den Übergang zum Modell der inneren Werte als auch zum Modell des nivellierten Mittelstandes zulässt, sich sukzessive modifiziert und so potenziell in egalitäre wie auch elitäre Konzepte transformiert. ¹³⁹³ Vermöge dieses besonderen interpretativen Vorgehens weist die Studie über die im Forschungsfeld sonst dominierende Einstellungs- und Umfrageforschung hinaus und nähert sich der Frage nach der Transformation tieferliegender ideologischer Formen an.

In einer zusammenführenden Analyse resümierten Habermas et al., dass sowohl die Vertreter elitärer bzw. autoritärer als auch die Proponenten egalitärer Gesellschaftsbilder grundsätzlich handlungsleitende Maximen aus ihren Orientierungen ableiteten, während weder das „realistische“, d. h. materiell und leistungsorientierte Modell noch das der inneren Werte wirksam würden, „vielmehr für das tatsächliche Verhalten tendenziell unverbindlich und folgenlos bleiben.“ ¹³⁹⁴ Verbunden mit den Ausführungen zu politischem Habitus und politischer Tendenz förderten die Autoren ein sichtlich instabiles demokratisches Potenzial der Studierenden zutage: 9 Prozent bewiesen ein „definitiv demokratisches“ Potenzial, 16 Prozent ein „definitiv autoritäres“, 9 Prozent ein „disparates“ (d. h. auf widersprüchlichen Aussagen basierendes, mithin unberechenbares) Potenzial – und eine überwältigende Mehrheit von 66 Prozent mit „unprofiliertem“ Potenzial, darunter 20 Prozent „eher demokratisch“, 26 Prozent „ganz unprofiliert“ und 20 Prozent „eher autoritär“. ¹³⁹⁵ Ein eindeutiger Schluss ist aus diesen Zahlen kaum zu ziehen. Insbesondere, weil weitere Faktoren, etwa die Rekrutierung des größeren demokratischen Potenzials aus niedrigeren Schichten mit geringerem Aufstiegspotenzial, das Urteil komplizieren. ¹³⁹⁶ Insgesamt aber erscheinen die im Krisenfall bereitstehenden prodemokratischen Phalanxen unter den Studierenden der 1950er Jahre eher schwach und bisweilen brüchig – auch und ganz besonders, weil die Überzahl der Unprofilierten zu diesem Zeitpunkt keine haltbare Prognose zuließ.

1391 Ibid., S. 165-199 und 201.

1392 Ibid., S. 201.

1393 Vgl. die versprengten Anmerkungen auf den zitierten Seiten, aber auch die veranschaulichende Grafik *ibid.*, S. 200.

1394 Ibid., S. 228.

1395 Ibid., S. 232.

1396 Vgl. *ibid.*, S. 234.

Eine weitere Stärke dieser vielgelobten (aber methodisch kaum als verbindlich erachteten) Studie liegt in dem Nachweis der strukturbildenden Funktion des Gegensatzes von bildungshumanistischer und meritokratischer Tradition für die in den Interviews vorgetragenen Wahrnehmungs- und Ordnungsschablonen gesellschaftlicher Prozesse. Am Beispiel des Gesellschaftsbildes vom nivellierten Mittelstand wird elaboriert:

„[...] mit der Innerlichkeit selber verschwindet eine ganze Sprachschicht, die Rede vom ‚Gebildeten‘, vom Echten und Eigentlichen, von der Auszeichnung des Geistes per se. Statt dessen [sic] tritt jenes zweite Motiv ganz in den Vordergrund: der Nivellierungsprozeß, dem die Konturen der Standes-, aber auch der Klassengesellschaft zum Opfer fallen. Die Individuen scheinen die Hüllen ihrer gesellschaftlichen Herkunft zu sprengen. Ganz auf ihre Leistung gestellt, verdanken sie den Kurswert, den die Gesellschaft ihnen verleiht, angeblich sich selbst.“¹³⁹⁷

Der Hinweis, dass es sich bei diesem innerakademischen Antagonismus zu großen Teilen um einen historischen Ablösungs- und Übergangsprozess handelt, ist bereits zitiert worden. Allerdings: Weder hat in den 1960er Jahren und danach jemand ein *völliges* Verschwinden bildungshumanistischer Denktraditionen konstatiert, auch verweist die von Habermas et al. skizzierte Adaptionfähigkeit der Gesellschaftsbilder auf die Möglichkeit der Um- und Neubildung orientierungsstiftender Deutungsmuster unter jungen Akademikerinnen und Akademikern hin – etwa die Hälfte der Befragten griff auf Modelle zurück, „die bildungshumanistische Motive [...] verarbeiten“¹³⁹⁸, und auch das Gesellschaftsbild der sozialen Gleichheit nährte sich „weitgehend aus dem Kultus der Innerlichkeit.“¹³⁹⁹ Vor diesem Hintergrund muss erstaunen, dass ausgerechnet dieser für politische Orientierungen und politisches Potenzial von Studierenden offenbar konstitutive Zusammenhang von nachfolgenden Studien – bis heute! – nie wieder aufgegriffen worden ist.¹⁴⁰⁰

Fortan dominierte die tagespolitische Aktualität das Forschungsinteresse. Unter dem Eindruck der deutschen Studentenproteste von 1967 ff. und der internationalen Studentenbewegung der späten 1960er Jahre gerieten das politische Potenzial der deutschen Studierenden und vor allem die Frage nach politischer Radikalität bzw. politischem Radikalismus in den Fokus sozialwissenschaftlicher Aufmerksamkeit. Insbesondere die durch die Proteste evozierten Bilder einer „Austragung sozialer oder politischer Konflikte unter Anwendung physischer Gewalt“¹⁴⁰¹ sorgten noch bis in die frühen 1970er Jahre für politikwissenschaftlichen und soziologischen Diskussionsstoff. Die

1397 Ibid., S. 193.

1398 Ibid., S. 216.

1399 Ibid., S. 223.

1400 Ein Grund liegt sicher darin, dass die von Habermas et al. ausgemachten Gesellschaftsbilder, die ja in gewissem Sinne subjektive Gesellschaftstheorien sind, sich nicht im quantitativ-empirischen Sinne „messen“ lassen wie die Zustimmungswerte von Surveys.

1401 Kaase, Max: Demokratische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Wildenmann, Rudolf (Hg.): Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik, München/Wien 1971, S. 119–326, hier S. 119. Vgl. ähnlich auch Kaase: Die politische Mobilisierung von Studenten.

selbstbewusst auftretende „Neue Linke“ rief mit ihren Forderungen nach der sozialistischen Revolution, der Einrichtung von Räten, der Durchsetzung von direkten Mandaten bzw. allgemein nach einer fundamentalen Demokratisierung der Bundesrepublik nicht nur wiederholt intellektuelle Kommentatoren von links und rechts auf den Plan, sondern aktualisierte auch das Interesse an den politischen Orientierungen der Bevölkerung, insbesondere der Jugend. Angesichts von öffentlichen Rezeptionsweisen, die zwischen Alarmismus und Staunen oszillierten, wuchs der Wunsch nach differenzierten Analysen. Vielen Jugendsoziologen erschienen die Ereignisse als historisches Novum, hatte diese Form von postadoleszentem Protest mit politisch-kultureller Breitenwirkung doch wenig gemein mit früheren Jugendaufständen und „Generationskonflikten“.¹⁴⁰² Man rang um theoretische Modelle, die das Auftreten der „Studentenunruhen“ in „entwickelten“ bzw. „fortgeschrittenen Industriegesellschaften“ – in Anlehnung an die Bemühungen Erwin K. Scheuchs und Hans-Dieter Klingemanns um eine international vergleichende Theorie des industriegesellschaftlichen *Rechtsradikalismus*, die sie zur Feststellung eines ubiquitären Potenzials, einer „normalen Pathologie“ mobilisierbarer Orientierungen führte¹⁴⁰³ – ursächlich erklären sollten; man ergründete die Ursachen für den oft als seit Kriegsende präzedenzlos beschriebenen linken Radikalismus.¹⁴⁰⁴ Viele populäre Erklärungsmuster, darunter schlechte Studienbedingungen, Wohlstandschauvinismus, übermäßig autoritäre Erziehungspraxis bzw. das Ausbrechen eines „Generationskonfliktes“ wurden hier von Allerbeck in Zweifel gezogen: Tatsächlich herrsche breiter politischer Konsens zwischen Studierenden und ihren Eltern; viele Aktivisten stammten gerade aus „politisch liberalen und linken Elternhäusern“.¹⁴⁰⁵ Entscheidend für die Partizipation am studentischen Protest sei nicht der rebellierende Impuls, sondern nachgerade der Rückhalt der eigenen Bezugsgruppen:

„Es sind durchweg diejenigen Studenten am häufigsten Anhänger der Studentenbewegung, die in ihrer Umwelt (sei es Elternhaus, Studienfach, antizipierte Berufskollegen) hierfür am meisten Zustimmung bzw. am wenigsten Ablehnung finden. Für die Muster der empirischen Ergebnisse ist charakteristisch nicht eine Maximierung, sondern eine Minimierung von Konflikten für Individuen.“¹⁴⁰⁶

1402 „Wir haben es mit strukturell neuen und historisch erstmaligen Phänomenen zu tun, welche auf die neuen Entwicklungen der Bildungsgesellschaft, der verwalteten Welt, der internationalen Machtkonstellationen und auf die ihren Aufgaben nicht mehr gewachsenen gesellschaftlichen Institutionen antworten bzw. diese herausfordern.“ Rosenmayr, Leopold: Vorbemerkung, in: Allerbeck, Klaus R./Ders.: *Aufstand der Jugend? Neue Aspekte der Jugendsoziologie*, München 1971, S. 7-10, hier S. 7.

1403 Scheuch, Erwin K./Klingemann, Hans-Dieter: Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften, in: *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialpolitik*, H. 12/1967, S. 11-19, insbesondere S. 12.

1404 Vgl. Beck, Ulrich/Gernsheim, Elisabeth: Zu einer Theorie der Studentenunruhen in fortgeschrittenen Industriegesellschaften, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, H. 23/1971, S. 439-477 bzw. in derselben Ausgabe Allerbeck, Klaus R.: Eine strukturelle Erklärung von Studentebewegungen in entwickelten Industriegesellschaften. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, H. 23/1971, S. 478-493.

1405 Allerbeck: Eine strukturelle Erklärung, S. 479.

1406 *Ibid.*, S. 481. Hierin liegt sicher auch die Berechtigung von formalistischen Erklärungsmodellen, welche – wie Beck und Gernsheim – „kognitive Dissonanzen“ zwischen industriegesellschaftlich-

Allerdings wirke, neben Großereignissen und Veränderungen des politischen Systems, auch die gesellschaftliche „Rollenerwartung von politischer Teilnahme und Nonkonformismus“ als verstärkender Faktor gerade in der formativen Phase von Studentenbewegungen.¹⁴⁰⁷

Eine der offensichtlich drängendsten Fragen der späten 1960er und frühen 1970er Jahre speziell in der Bundesrepublik und im Zeitraum zwischen 1967 und 1969 aber war, ob sich die Studierenden von den demokratischen Institutionen distanzieren, als Nachwuchs künftiger Funktionseliten – insofern eine potenzielle *elite population* im Gegensatz zur *mass population*¹⁴⁰⁸ – gar antidemokratisch agitieren könnten. Hieraus entwickelte sich ein überaus reges Interesse an den Spezifika studentischer Einstellungsmuster; auch konzeptuelle Innovationen wurden durch diese Forschungsbewegung angestoßen. An der Gegenüberstellung demokratischer Einstellungen von Studierenden und Jugendlichen im Vergleich mit der Gesamtbevölkerung erarbeitete etwa Max Kaase 1968 und 1971 seine „Demokrateskala“,¹⁴⁰⁹ die das Kunststück vollbringen wollte, einen anspruchsvollen Demokratiebegriff unter Einbezug von Schriften Dahrendorfs und Lipsets, aber auch des Vorworts von Habermas et al. aus *Student und Politik* zu entwickeln, der sich im Sinne empirischer Forschung „operationalisieren“ bzw. „operational definieren“ lasse.¹⁴¹⁰ Das Ziel war, zum Zwecke der Einstellungsmessung Frage-Items zu gewinnen, die die Messung demokratischer Einstellungen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen zuließen. Neben den elementaren Komponenten der friedlichen Konfliktaustragung und der wechselseitigen Anerkennung politischer Ziele zählten hierzu der Schutz von Partizipations- und Minderheitsrechten, die Kontrolle politischer Institutionen durch regelmäßige Wahlen und ein demokratischer Wertekonsens.¹⁴¹¹ Bezeichnenderweise reduziert der von seinem Konzept sichtlich überzeugte Kaase allerdings die Frage nach dem demokratischen Potenzial auf die zivile Gesinnungstreue zum demokratischen Verfassungsstaat; das von Habermas et al. emphatisch fixierte Inter-

„struktur-anomisch“ bedingtem sozialem Konfliktpotenzial, sozialisatorisch bedingten Werthaltungen und subjektiven Idealvorstellungen von Studierenden als Geflecht von Kausalursachen ansehen, vgl. Beck/Gernsheim: Theorie der Studentenunruhen, S. 463-474.

1407 Allerbeck: Eine strukturelle Erklärung, S. 490.

1408 Vgl. zu den damals untersuchten weltanschaulichen Differenzen – den variierenden *belief systems* – zwischen Elitenzugehörigen und Massenvertretern die Studie Converse, Philip E.: The nature of belief systems in mass publics (1964), in: Critical Review, H. 18/2006, S. 1-74, insbesondere S. 30-32.

1409 Vgl. zum Hergang auch 13. Studierendensurvey 2015/16, S. 89.

1410 Kaase: Demokratische Einstellungen S. 125-138 zur zeitgenössischen Demokratiediskussion und S. 138-166 zum Transfer auf die empirische Arbeit.

1411 Kaase benennt als Grundbedingungen demokratischer politischer Systeme „a) die Garantie individueller Partizipationsrechte einschließlich des Schutzes von Minderheitsrechten; b) die Organisation politischer Herrschaftsinstitutionen nach dem Prinzip der Kontrolle dieser Institutionen durch regelmäßige Wahlen mit der Chance des Auswechsels von Führungspersonal; c) die grundsätzliche Anerkennung der Legitimität von Mittel- und Zielkonflikten; d) die Ablehnung von Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung; e) ein[en] Konsens über die fundamentalen demokratischen Wertsetzungen, der überhaupt erst die Voraussetzungen für die regelrechte Austragung der Konflikte schafft.“ Ibid., S. 142. Vgl. zu einer früheren Form seines Konzepts Wildenmann, Rudolf/Kaase, Max: „Die unruhige Generation“. Eine Untersuchung zu Politik und Demokratie in der Bundesrepublik, Mannheim 1968, S. 6.

esse an politischen Verhaltenstendenzen der Studierenden in Krisensituationen lässt er fallen.

Tatsächlich lassen sich die empirischen Ergebnisse nicht anders denn als Entwarnung in mehreren Akten beschreiben. In sämtlichen wichtigen Studien fällt sofort das Bild einer prodemokratischen, engagierten und verantwortungsbewussten Studierendenschaft auf – sowohl in Kaases Studien als auch bei anderen. Schon Ludwig von Friedeburg stellte in seiner umfangreichen Monografie zur Entstehung der Studentenbewegung von „1968“ an der Freien Universität (FU) Berlin, rückblickend von 1968 auf eine repräsentative Umfrage von 1963/64¹⁴¹² und unter Vergleich mit anderen Befragungen (darunter die bereits zitierten), fest, dass die Studierenden ein starkes politisches Verantwortungsbewusstsein aus ihrem im Vergleich mit anderen jungen Erwachsenen hohen politischen Informationsniveau ableiteten; ein über eine „nicht unbeträchtliche aktive Minderheit“ hinausweisendes Drittel von ihnen erwog die Mitarbeit in politischen Parteien und Organisationen.¹⁴¹³ Ferner konnte dieses rege politische Potenzial hinsichtlich der „politische[n] Tendenz“¹⁴¹⁴ ausdrücklich auch als ein demokratisches Potenzial erwiesen werden: Sympathien für autoritäre Gesellschaftsmodelle fanden sich kaum, die übergroße Mehrheit befürwortete die parlamentarische Demokratie. Insgesamt 95 Prozent von ihnen sprachen eine klare Wahlentscheidung für die drei damals größten Parteien aus: Jeweils 39 Prozent für SPD und CDU, 17 Prozent für die FDP.¹⁴¹⁵ Ein knappes Drittel bestand demnach aus „engagierte[n] oder doch interessierte[n] Demokraten“, der größte Teil aus potenziell demokratiestützenden „Mitläufern oder politisch Indifferenten“, also in Anlehnung an Habermas et al. durchaus als im Krisenfall abrufbares demokratisches Kräftepotenzial. Nur ein ungefähres Zehntel „undemokratisch gesonnener“ Studierender sei aufzufinden, dieses dazu ohne signifikante politische Kräfte reserven.¹⁴¹⁶

Auch eine Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach (IfD) kam 1967 zu dem Ergebnis, dass Studierende nicht weniger denn als „sattelfeste Demokraten“¹⁴¹⁷ zu bezeichnen seien – mit beachtlichem Kenntnisstand, überdurchschnittlicher Meinungsstärke und hohem politischem Mobilisierungspotenzial ausgestattet, obendrein „mehr als andere Bürger um politische Orientierung bemüht.“¹⁴¹⁸ 90 Prozent der Studierenden konnten sich „keine bessere Staatsform für Deutschland als die Demokratie vorstellen“ und wussten dabei durchaus um die Notwendigkeit von Wahlen, Interessenverbänden, etc.¹⁴¹⁹ Nur ein Viertel hielt sich für die „Elite der Nation“, drei Viertel zeigten „kein akademisches Standesbewußtsein“. ¹⁴²⁰

1412 von Friedeburg: Freie Universität und politisches Potential, S. 199 und exemplarisch S. 229.

1413 Ibid., S. 223 und 226.

1414 Ibid., S. 226.

1415 Vgl. ibid., S. 231.

1416 Ibid., S. 230f.

1417 Institut für Demoskopie Allensbach (IfD): Der deutsche Student. Eine Umfrage im Auftrag des Spiegel, Allensbach 1967, S. 26, zit. nach 2. Studierendensurvey, S. 269.

1418 Vgl. o. V.: Was denken die Studenten? SPIEGEL-Umfrage an deutschen Hochschulen, in: Der Spiegel, H. 26/1967, S. 28-39, hier S. 38.

1419 Ibid.

1420 Ibid., S. 34.

Rudolf Wildenmann und Max Kaase legten 1968 mit „*Die unruhige Generation*“ nach: Die Studierenden dieses Jahres seien „autoritären Ideen und dem Nationalsozialismus“ deutlich stärker abgeneigt als andere Jugendliche oder die Gesamtbevölkerung; sie bekräftigten die Notwendigkeit starker demokratischer Institutionen, griffen deutlich seltener auf Vorurteile zurück als ihre nicht-akademischen Altersgenossen, interessierten sich weit häufiger für Politik und beurteilten ihre eigenen Partizipationsmöglichkeiten optimistischer.¹⁴²¹ Auch die Wahrnehmung sozialer Ungleichheiten, abgefragt über Gesellschaftsbilder, spielte eine zentrale Rolle: Starke demokratische Einstellungen ließen an Chancengleichheit im Beruf und in Bezug auf soziale Aufstiegschancen zweifeln.¹⁴²² Unter Rekurs auf Habermas et al. wird, beziehungsweise auf die Frage nach der Notwendigkeit einer Führungselite in der Demokratie, beobachtet, dass „die Studenten [...] weniger elitär und erheblich mehr egalitär“, ja geradezu schlechthin antiautoritär gestimmt seien.¹⁴²³ Zwar vermochte man die Frage, wieso es ausgerechnet der SDS zu seiner explosiven Mobilisierungsfähigkeit brachte und wie Situationsgewalt auf studentischen Demonstrationen zu erklären sei, nicht letztgültig zu beantworten – wurde doch die „Kritik an den Hochschulverhältnissen“ als „auslösendes Moment für die studentischen Aktionen“ und als entscheidendes Movens der umfassenderen „Kritik an den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen“ erwiesen¹⁴²⁴ –; wohl aber erschien den Verfassern augenfällig, dass sich nach den Osterunruhen ein großer Teil der Studierenden vom SDS abwenden würde.¹⁴²⁵ Überhaupt liegt hierin wohl ein so entscheidendes wie überraschendes Doppelergebnis dieser Studie: Zwar falle die Unterstützung der Studierendenproteste enorm breit aus, aber sie sei nicht – wie vermutet – eine Angelegenheit kleiner Aktivistenkreise.¹⁴²⁶ Zugleich aber ziele das linksradikale Vokabular nur für eine kleine Minderheit auf den tatsächlichen revolutionären Umsturz respektive auf eine fundamentale Ablehnung von Parteiensystem und Verfassungsstaat; für die meisten lieferte es die dringend benötigten Chiffren der allgemeinen Absicht einer praktischen Verbesserung der Gesellschaft.¹⁴²⁷ Die überwiegende Mehrheit wünsche sich vielmehr Reformen – „mehr Engagement, gelebte Demokratie, Ehrlichkeit und Streben nach sozialer Gerechtigkeit“.¹⁴²⁸ Beeindruckend liest sich daher das Zeugnis, das Wildenmann und Kaase dem erheblichen politischen Potenzial der Studierenden ausstellen: „Die von der Studentenschaft vorliegenden Einstellungen lassen jedenfalls ein demokratisches Potential erkennen, wie es – auf andere Weise – vielleicht nur von den Studenten vor 1848 entwickelt worden ist.“ Obwohl das Misstrauen der Studierenden gegenüber den politischen Institutionen und Eliten außerordentlich hoch ausfiel, handle es sich hier „um eine Reformbewegung, die es mit der Verfassung der Bundesrepublik ernst meint.“¹⁴²⁹

1421 Wildenmann/Kaase: „Die unruhige Generation“, S. 68f. und S. 34-42.

1422 Vgl. *ibid.*, S. 43.

1423 *Ibid.*, S. 47.

1424 *Ibid.*, S. 78.

1425 Vgl. *ibid.*, S. 84.

1426 Vgl. *ibid.*, S. 84.

1427 Vgl. *ibid.*, S. 85.

1428 *Ibid.*, S. 56.

1429 *Ibid.*, S. 85. Siehe auch Kaase: Die politische Mobilisierung von Studenten, S. 158: „– Studenten sind eher tolerant, progressiv, hoch informiert und haben eine hohe Partizipationsneigung; – nicht-

Interessanterweise ging dieses breite Potenzial von hochschulpolitischem Aktivismus aus,¹⁴³⁰ während noch in den frühen 1960er Jahren „Informationsmangel und Gleichgültigkeit“ die Sichtweise der Studierenden auf ihre Vertretung in den Gremien der studentischen Selbstverwaltung bestimmt hatten.¹⁴³¹ An der FU Berlin wusste zu diesem Zeitpunkt gerade einmal die Hälfte der Immatrikulierten um die Existenz ihres AStA und des von 1949 bis 1969 bestehenden Studierendenkonvents.¹⁴³² Im Sommersemester 1967 schließlich, so Friedeburg, schlug der Funke des seit 1965 schwelenden Konflikts der FU Berlin um die Reform der Hochschule auf die gesamte Republik über, gelang der Transfer der hochschulpolitischen in allgemeinpolitische Opposition.¹⁴³³ Die enge Verbindung beider Sphären blieb bis in die 1970er Jahre erhalten. Insofern ist das starke Bewusstsein von bzw. das damit einhergehende Partizipationsbedürfnis in den Strukturen der studentischen Selbstverwaltung als eine der entscheidenden Besonderheiten jener studentischen Politisierungsphase in den späten 1960er Jahren anzusehen. Und das durchaus im Sinne der Förderung gesellschaftspolitischer Integration: Durchweg, das belegen alle der hier zitierten Studien, waren die demokratischen Überzeugungen bei denjenigen am gefestigsten, die sich in Hochschulgruppen engagierten.¹⁴³⁴

In den 1970er Jahren blieb die Auseinandersetzung zwischen „linken“ und „rechten“ Studierenden noch einige Jahre prägend, entfernte sich aber, sicher auch bedingt durch die 1969 einsetzende sozialliberale Ära, nach und nach von der originären außerparlamentarischen Stoßrichtung und bewegte sich in Richtung einer stärker parteigebundenen politischen Polarisierung. Aus welchen Motiven sich die studentische linksradikale Gesellschaftskritik nährte, blieb dabei eine der leitenden Fragen der einschlägigen Forschung. Vor dem Hintergrund der nunmehr durchgeführten, von Studierenden seitens vielfach negativ beurteilten Hochschulreformen und der damit verbundenen Studienverhältnisse – gemeint sind insbesondere die als „einschneidend“ bezeichneten Zugangsbeschränkungen, etwa in Gestalt eines Numerus clausus¹⁴³⁵ – führte das Sozialwissenschaftliche Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung gemeinsam mit dem damaligen Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) Mannheim

akademische Jugendliche sind eher intolerant, konservativ und zeigen nur eine geringe Partizipationsneigung; – die Gesamtbevölkerung ist in allen Gruppierungen am wenigsten tolerant und informiert. Sie ist konservativ und ist nicht zur Partizipation bereit.“ Vgl. ferner die ähnliche Kurzzusammenfassung in Kaase, Max: Politisches Verhalten von Studenten im Vergleich mit anderen Gruppen, in: Albrecht, Günter/Daheim, Hansjürgen/Sack, Fritz (Hg.): Soziologie. Sprache, Bezug zur Praxis, Verhältnis zu anderen Wissenschaften. René König zum 65. Geburtstag, Opladen 1973, S. 560–572, insbesondere S. 569f.

1430 „Studentische Kritik ist in erheblichem Maße Gesellschaftskritik. Und auch die Frage nach der Reform der Hochschule wird stark auf die Demokratisierung dieser Institution bezogen.“ Ibid., S. 82.

1431 Friedeburg: Freie Universität und politisches Potential, S. 199.

1432 Vgl. ibid., S. 202.

1433 Vgl. ibid., S. 402.

1434 Vgl. exemplarisch ibid., S. 233f.

1435 Does, Karl-Josef: Studenten 1975 – Ergebnisse einer Befragung unter Studenten zu Studium, Beruf, Politik und Hochschule, St. Augustin 1976, S. 1 und 4–11.

und dem Lehrstuhl für Politik der Universität Kiel im Spätsommer 1975 eine weitere repräsentative Umfrage unter westdeutschen Studierenden durch und verglich die Zahlen dabei zum Teil mit jenen von Kaase aus dem Erhebungsjahr 1968.¹⁴³⁶ Unverkennbar sind die Nachwirkungen der Politisierung von „1968“: Die Studierenden äußerten reges Interesse an der Hochschulpolitik; 81 Prozent votierten für die Ausweitung der studentischen Mitbestimmung.¹⁴³⁷ Allerdings ist hier die Dringlichkeit allgemeinpoltischer Fragen gegenüber 1968 wieder deutlich verblasst; den Studierenden war – wie 1965 – vorrangig an der Verbesserung ihrer Studienbedingungen gelegen.¹⁴³⁸ Eine überwältigende Mehrheit von drei Vierteln der Studierendenschaft verortete sich politisch links; wer sich links verortete, interessierte sich in besonderem Maße für politische Themen und war eher zu „unkonventionellen“ Protestformen wie Boykotten, Besetzungen und Beschädigungen bereit; insgesamt war das politische Interesse unverändert hoch.¹⁴³⁹ Die Zustimmung zu demokratischen Grundprinzipien erwies sich weiterhin als omnipräsent, zugleich kritisierte aber ein beträchtlicher Teil der Studierenden – eher die politisch Interessierten – die demokratische Wirklichkeit der Bundesrepublik.¹⁴⁴⁰ Neben dem seit 1968 deutlich gestiegenen demokratischen „Problembewußtsein“ und dem differenzierten Antwortverhalten (höhere Unterstützung des politischen Systems und stärkere Konzentration der Kritik auf Detailspekte)¹⁴⁴¹ fiel insbesondere das außerordentliche politische Aktivitätspotenzial der Studierenden auf: 32 Prozent befürworteten wilde Streiks, etwa ein Viertel erklärte sich zur Teilnahme bereit; ein weiteres Viertel befürwortete die „Besetzung von Fabriken, Ämtern oder Behörden“, 39 Prozent waren von der Wirksamkeit solcher Protestformen überzeugt.¹⁴⁴² Die im Vergleich zu 1968 deutlich stärkere Parteibindung¹⁴⁴³ der Studierenden wird in den folgenden Zahlen deutlich: Knapp 39 Prozent entschieden sich, mit der berühmten Sonntagsfrage konfrontiert, ihre Zweitstimme der SPD zu geben, gute 21 Prozent für die CDU, 18 Prozent für die FDP – eine stabile sozialliberale Mehrheit von zusammen 57 Prozent. Sowohl die DKP-Wähler (3,8 Prozent) als auch die Nichtwähler (2,5 Prozent) waren weit abgeschlagen; allerdings verweigerten ca. 18 Prozent hier die Angabe ihrer Wahlpräferenz.¹⁴⁴⁴ Die Perzeption der „gegnerischen“ Parteien trug Züge eines starken Lagerdenkens; Wechselwählerinnen und Wechselwähler waren die Studierenden der 1970er Jahre also nicht.¹⁴⁴⁵ Dass mit der Verhärtung der Fronten zwischen „Links“ und „Rechts“ infolge von „1968“ eine gewisse identitätspolitische Bekenntnisverpflichtung – mit starkem moralischem Hochmut insbesondere der linken Seite – politisch etabliert worden sein könnte,¹⁴⁴⁶ erscheint zumindest für den studierenden Teil der Gesellschaft plausibel.

1436 Vgl. *ibid.*, S. 4.

1437 Vgl. *ibid.*, S. 47f.

1438 Vgl. *ibid.*, S. 48.

1439 Vgl. *ibid.*, S. 1, 18 und 19f.

1440 Vgl. *ibid.*, S. 4f.

1441 *Ibid.*, S. 2 und 28.

1442 *Ibid.*, S. 22f.

1443 Vgl. *ibid.*, S. 2 und 45.

1444 Vgl. *ibid.*, S. 38.

1445 Vgl. *ibid.*, S. 43.

1446 „Die Achtundsechziger waren links, ihre Gegner rechts, daran gab es keine Zweifel. Während dieser alte politische Gegensatz früher weitgehend milieugebunden war, über soziale Herkunft zu

Die von der Konrad-Adenauer-Stiftung beauftragte Studie von 1975 entdeckte überdies einen engen Zusammenhang von linken politischen Überzeugungen und verhaltener bis schlechter Beurteilung der individuellen Berufschancen; das Vertrauen in die Abhängigkeit des beruflichen Erfolges von der eigenen Leistungsbereitschaft hingegen verfiel besonders unter jenen Studierenden, die sich eher politisch rechts einstufte.¹⁴⁴⁷ Does fühlte sich gar zu einer linearen Skalierung dieser Korrelation ermutigt und erblickte darin signifikantes soziales Konfliktpotenzial:

„Je schlechter die perzipierte berufliche Perspektive, desto extremer ist die Linksorientierung. [...] Dies ist politisch umso bedeutsamer, als extrem linke Positionen mit vergleichsweise sehr hohem politischen [sic] Interesse verbunden sind, und es zu erwarten wäre, daß spätere sozioökonomische Probleme unmittelbar politisch artikuliert werden. Zur Artikulation dieser Probleme würde einer neuen Protestgeneration im Gegensatz zur früheren ein breites Spektrum von Erfahrungen mit unkonventionellen politischen Partizipationsformen zur Verfügung stehen.“¹⁴⁴⁸

Man muss das tendenziöse Vokabular nicht goutieren, um in diesem Ergebnis das grundsätzliche Potenzial einer weiteren, lautstark und energisch auftretenden Welle studentischen Protests zu erkennen – auch wenn einige Studierende an der hochschulpolitischen Problemlösungskompetenz linker Hochschulgruppen zu zweifeln begannen und den konservativen RCDS stärker als fähige, da „ideologiefreie“ alternative Interessenvertretung wahrzunehmen begannen.¹⁴⁴⁹ Insbesondere der konkrete Bezug der studentischen Kritik auf bildungs- und sozialpolitische Fragen – sie habe sich nicht auf „prinzipielle Dinge“ gerichtet¹⁴⁵⁰ – verleiht diesem Potenzial Gewicht. Die Studierenden der 1970er Jahre bewiesen eine „breite und mobilisierbare Basis zur Artikulation von Bedürfnissen und zur Durchsetzung von studentischen Interessen.“¹⁴⁵¹ Daher kann es kaum überraschen, dass die Frage nach studentischem Unmut und linksradikaler Gesellschaftskritik noch bis in die frühen 1980er Jahre hinein virulent blieb.

Allerdings gilt es zu berücksichtigen, dass diese Kerndekade der politischen Polarisierung immer auch ein rechtes „Gegenlager“ implizierte: Nicht nur fand man in diesen Jahren starke linke Gruppen vor, sondern eben auch einen robusten Sockel konventioneller und ordnungspolitischer Orientierungen von ca. 40 bis 50 Prozent der Studierenden; dieser wurde im Laufe der 1970er Jahre – parallel zum Zerfasern der linken in alternative Orientierungen und schließlich in die vielfach konstatierte Entpolitisierung – sukzessive abgetragen und sollte bis Ende der 1980er Jahre auf ein Potenzial von etwa einem Viertel der Studierenden absinken.¹⁴⁵² Da Genese und Reproduktion der

entschuldigen, löste er sich nun von der Klassenlage und wurde frei für den reinen Bekenntnisakt, der dadurch moralisch aufladbar war. Wer rechts ist, obgleich es ihm nicht in die Wiege gelegt wurde, den kann man dafür verantwortlich machen!“ Albrecht, Clemens: Umziehende Götter. 1968 und die Transformation des revolutionären Enthusiasmus, in: Merkur. Gegründet 1947 als Deutsche Zeitschrift für Europäisches Denken, 72. Jg., H. 832/2018, S. 65-70, hier S. 66f.

1447 Vgl. Does: Studenten 1975, S. 1, 17 und 20.

1448 Ibid., S. 20.

1449 Vgl. ibid., S. 64.

1450 Ibid., S. 33.

1451 Ibid., S. 2f.

1452 Vgl. Studierendensurvey 1980er, S. 227.

politischen Polarisierung auf der Agitation und Pflege durch engagierte Trägergruppen beruhten, somit das kollektive Selbstverständnis wesentlich aus der Konfrontation mit dem jeweiligen politischen Gegenüber hervorging, sind Züge eines Lagerkonflikts unverkennbar – freilich in primär kulturellen Arenen, mithin ohne tatsächliche soziale Antagonismen oder Milieuzusammenhänge abzubilden.¹⁴⁵³ Dennoch: Dieser Hinweis tut der Exzeptionalität der 1970er Jahre mit ihrer „eindeutig nach links“ tendierenden „ideologische[n] Ausrichtung der Studenten“¹⁴⁵⁴ keinen Abbruch. Bedenkt man, dass dieser Zeitraum zugleich „das entscheidende Jahrzehnt der Bildungsexpansion in der Bundesrepublik, die zuvor und danach langsamer verlief“, gewesen ist,¹⁴⁵⁵ lässt sich die politische Polarisierung als weltanschaulich ausgetragene Auseinandersetzung in den Reihen einer akademischen Jugend auffassen, die sich zunehmend aus Bildungsaufsteigern zusammensetzte.

Mit der Anwendung der Demokratie-Skala unter Studierenden¹⁴⁵⁶ hatte Max Kaase sich schon 1968 unerschrocken als neuer Klassiker der Erforschung von Studierenden und Politik in Stellung gebracht – zu Ungunsten des seit wenige Jahre zuvor vorgelegten, analytisch überlegeneren, aber weniger formalistisch fungiblen Konzepts von Habermas et al. Kaases Fragebatterien bildeten fortan das Standard-Instrumentarium vieler Studien, insbesondere des in den frühen 1980er Jahren initiierten *Studierenden-surveys*.

II.3.2 Abklingen der Polarisierung nach der „Friedensgeneration“ und Entpolitisierung: die 1980er Jahre

Letztmalig systematisch untersucht wurde die bald „alte“ politische Polarisierung zwischen linken und rechten Studierenden mit dem Infratest-Bericht *Politischer Protest in der Bundesrepublik* 1980, der das Protest- und Radikalismuspotenzial verschiedener Gruppen der deutschen Bevölkerung vergleichend untersuchte und ein starkes linkes Protestpotenzial – insgesamt 30 Prozent der Studierenden – feststellte, das sich von einem bevölkerungsweiten Gesamtpotenzial von 4,4 Prozent markant absetzte.¹⁴⁵⁷ Zugleich fiel die verstärkende Rolle eines zu Hochzeiten der „68er“-Studentenrevolte politisch sozialisierten Lehrpersonals auf, insbesondere aber auch die größere Virulenz dieses linken Potenzials unter Studierenden und Lehrenden der sozial- und geisteswissenschaftlichen Studienfächer.¹⁴⁵⁸ Als wesentliche Determinante linken politischen Protests machte man dabei „relative Deprivation“ aus, d. h. die „Enttäuschung des Anspruchs- und Erwartungsniveaus“ an die eigene Lebenssituation.¹⁴⁵⁹ Unzufriedenheit mit der eigenen wirtschaftlichen Situation oder mit der Studiensituation, aber

1453 Vgl. Rohe: Wahlen und Wählertraditionen, S. 21.

1454 Schildt, Axel: Die Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland bis 1989/90. Enzyklopädie deutscher Geschichte, Bd. 80, München 2007, S. 42.

1455 Vgl. *ibid.*

1456 Vgl. Kaase: Demokratische Einstellungen, S. 142 und 166–220.

1457 Vgl. Infratest Wirtschaftsforschung GmbH: Politischer Protest, S. 54 sowie die Einleitung dieser Studie.

1458 Vgl. *ibid.*, S. 55.

1459 *Ibid.*, S. 61.